

Pressemitteilung

5. März 2021

Abschiebungen nach Afghanistan ausnahmslos stoppen

Der Paritätische Hessen appelliert an die hessische Landesregierung

Das Coronavirus hat Afghanistan fest im Griff, die Wirtschaft liegt am Boden, immer mehr Menschen verelenden und hungern. Und auch der bewaffnete Konflikt verschärft sich wieder. Die Lage in Afghanistan ist katastrophal, aber dennoch ist offenbar für den kommenden Dienstag, 9. März, die nächste Sammelabschiebung nach Afghanistan geplant.

„Wir appellieren an die hessische Landesregierung, sich nicht länger an den allmonatlichen Zwangsrückführungen zu beteiligen, sondern stattdessen einen sofortigen Abschiebestopp zu verhängen“, sagt Dr. Yasmin Alinaghi, Landesgeschäftsführerin des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Hessen.

„Dies wäre ein starkes Signal an die Bundesregierung und die anderen Bundesländer, dass angesichts der desolaten humanitären Situation die Abschiebungsflüge nach Kabul endlich enden müssen.“

Sammelabschiebungen nach Afghanistan werden seit ihrem Beginn Ende 2016 von Menschenrechtsorganisationen scharf kritisiert, im März 2020 wurden sie coronabedingt zunächst ausgesetzt, schon im Dezember aber wieder gestartet. „Das ist überhaupt nicht nachvollziehbar, denn die Lage in Afghanistan hat sich nicht plötzlich verbessert, genau das Gegenteil ist der Fall“, so Lea Rosenberg, Referentin für Migration, Flucht und Asyl beim Paritätischen Hessen.

Afghanistan war 2020 schon das zweite Jahr in Folge Schlusslicht beim Global Peace Index, also das unsicherste Land der Welt und eines der tödlichsten für die Zivilbevölkerung. Die UN-Mission (Unama) hat keinen blutigeren November als den des Jahres 2020 registriert. Die insgesamt sinkenden zivilen Opferzahlen für 2020 dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass ab dem vierten Quartal die Todes- und Verletztenzahlen wieder gestiegen sind. Zudem sind knapp 380.000 Menschen aus ihren Dörfern und Städten innerhalb des Landes vor Kämpfen und Gefechten geflohen, darunter zwei Drittel Kinder.

„Vor unseren Augen braut sich schon seit Monaten eine fürchterlich toxische Mixtur neuer Qualität zusammen aus Gewalt und Terror, Vertreibung, Hunger und wirtschaftlicher Not. Zu all dem kommt der grassierende Virus hinzu, dem das marode Gesundheitssystem kaum etwas entgegensetzen kann. Vor nichts davon ist die Bevölkerung ausreichend geschützt“, so Rosenberg weiter.

Unter diesen Bedingungen sind Abschiebungen nach Afghanistan nicht zu verantworten – laut einem jüngsten Urteil des VGH Baden-Württemberg auch nicht mehr für alleinstehende, gesunde und arbeitsfähige Männer ohne familiäre oder sonstige Unterstützung. Auch ihnen drohe aufgrund der gravierenden wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie sehr wahrscheinlich die Verelendung. „Aber in Zeiten der Pandemie, in der Kontakte zu Rechtsanwält*innen und Unterstützer*innen stark erschwert und eingeschränkt sind, ist nicht garantiert, dass alle Betroffenen in Hessen ausreichend rechtliches Gehör finden“, erläutert Lea Rosenberg. „Die hessische Landesregierung muss endlich ihren humanitären Kompass neu justieren, der nur einen Weg vorgeben kann, den zum vollständigen Abschiebestopp.“

Ansprechpartnerin beim PARITÄTISCHEN Hessen:

Lea Rosenberg

Referentin für Migration, Flucht und Asyl

Telefon: 069/95 52 62-52

E-Mail: lea.rosenberg@paritaet-hessen.org

Der PARITÄTISCHE Hessen ist der Spitzenverband von 800 sozialen Mitgliedsorganisationen aus den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheitswesen, Frauen- und Mädchenarbeit, Behinderten- und Altenhilfe, Migrationsarbeit, Suchtkranken- und Selbsthilfe, Straffälligen- und Wohnungslosenhilfe, Arbeitsmarktpolitik, soziale Psychiatrie sowie Freiwilligenarbeit. Mehr als 57.000 hauptamtliche und 35.000 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in den Einrichtungen tätig.

Der PARITÄTISCHE Hessen vertritt die Interessen der hilfebedürftigen und benachteiligten Menschen ebenso wie die Interessen seiner Mitgliedsorganisationen. Durch Lobbyarbeit sowie durch fachliche, rechtliche und finanzielle Unterstützung sichert er die Qualität der sozialen Arbeit seiner Mitglieder.

**Deutscher PARITÄTISCHER
Wohlfahrtsverband
Landesverband Hessen e.V.**

Auf der Körnerwiese 5
60322 Frankfurt am Main

Fon: 069 955262 0
Fax: 069 551292

E-Mail: info@paritaet-hessen.org
www.paritaet-hessen.org